

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mälzereien und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Ergänzungspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,20 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantwortl. Schriftführer: Dr. Frick, Berlin-Spandau
Redaktion und Expedition: Berlin S. O., Spandauerstraße 6
Druck: Hermann'sche Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. W. 61

Interaktionsdruck-
Geschäftsstellen: Postfach 10, Berlin S. O.
Verlag für Interaktion: Montag früh 8 Uhr

Die Pflicht zur Beitragsleistung besteht für alle erworbene Mitglieder, auch für die zur Arbeit beschafften, kommandierten bzw. rekrutierten Gewerksangehörigen. Nur die Beitragsleistung sollte sich kein Kollege mahnen lassen, der weiß, was die Organisation während des Krieges geleistet, und begriffen hat, welche schwierigen Aufgaben der Organisation bevorstehen und dem es ernst ist mit dem Bestreben, der Organisation und damit sich selbst zu dienen.

Mehr Agitation!

Die Zeit ist ernst, sehr ernst und doch vermögen viele unserer Kollegen dies nicht zu begreifen. Wäre dem nicht so, so dürfte es nicht zehntausende unorganisierten Berufskollegen zurzeit geben, auch müsste die Agitation unter den unorganisierten Kollegen ruhiger betrieben werden. Es gibt noch Tausende, die unter dem Vorwand, in einem anderen Verband organisiert zu sein, sich von der Verbandsmitgliedschaft drücken, und zehntausende solcher Kollegen, die sich nicht scheuen, ihren Indifferentismus offen zu bekennen.

Ziele der unorganisierten Kollegen wissen freilich nicht, wie sie durch ihr Fernbleiben vom Verbandsverband der Gesamtkollegen und an sich selbst schädigen und sich schädigen. Unter den unorganisierten Kollegen sind viele, vor allem solche, die während des Krieges neu eingestellt wurden, die es nicht wissen können, wie es vor Jahrzehnten in ihren jetzigen Arbeitsstätten aussah, und daß es einzig und allein unser Verband war, der die Verhältnisse besserte.

Unser Verband war es, der die Arbeitszeit, die täglich bis zu 18 Stunden dauerte, regelte, der dafür sorgte, daß sie auf 10, 9 und noch weniger Stunden gesenkt wurde. Unser Verband war es auch, der die unentgeltliche Sonntagsarbeit, die bis über den Mittag hinaus dauerte, abschaffte, und für unbedingt notwendige Sonntagsarbeiten und für Heberarbeit an Wochenenden eine angemessene Bezahlung herbeiführte. Unser Verband war es, der die Regelung und Erhöhung der Löhne durchführte. Alle die geschaffenen Verbesserungen wurden durch unsern Verband in Tarifverträge gekleidet, um sie dadurch den Kollegen auch zu erhalten. Schwere und langwierige Kämpfe mußten um all diese Errungenschaften geführt werden; auch viele um die Aufrechterhaltung derselben. Denjenigen Kollegen, die alles das nicht wissen und es nicht wissen können, muß es gesagt werden. Es darf ihnen auch nicht vorenthalten werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch günstiger sein könnten, wenn von jeder und überall alle Kollegen dem Verbandsangehörig wären.

Die Sorge für das Wohl der Kollegenchaft in der Zukunft ist es, wenn wir erneut zur Reorganisation unter den unorganisierten Kollegen auffordern. Die Bewegungen auf Gewährung von Zulagen während des Krieges zeigten, daß die Unternehmer in ihrem Verhalten den Arbeitern gegenüber durchaus gleich geblieben sind. Es hat vielerorts recht schwer gehalten, die Zulagen zu erreichen. Manche Unternehmer versuchten, tarifliche Rechte gegen die Zulagen einzutauschen in der Absicht, dabei besondere Geschäfte zu machen. Der Direktor einer großen Brauerei Westfalens verlangte von dem auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichteten Schlichtungsausschuß allen Ernstes, durch Schiedsspruch den Arbeitern tarifliche Rechte abzuerkennen. Was steht den Kollegen erst dann bevor, wenn wieder genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen? Kehren erst die Massen der Arbeiter aus dem Felde zurück, so werden solche Unternehmer vor keiner Aktion gegenüber den Arbeitern zurückschrecken. Die Kollegen können dann erleben, daß die in jahrelangen Kämpfen erzielten Verbesserungen in Frage stehen, wenn eine starke Organisation fehlt.

Der Fehler, daß es mit der Organisation zurzeit nicht genügend vorwärts geht und es noch so viele unorganisierte Kollegen gibt, liegt in erster Linie an der ungenügenden Agitation. Viele zur Agitation berufene Kollegen verlieren die Lust zur Agitation, wenn ihre Bemühungen auf Gewinnung von Mitgliedern ein- oder mehrmals mißlingen. Bieder andere zur Agitation berufene Kollegen sind der irrigen Meinung, daß es keinen Zweck habe, dort zu agitieren, wo der Arbeitsmangel stark wechelt. Nichts ist verkehrter als das. Ein kurzes Arbeitsverhältnis entbindet durchaus nicht von der Pflicht, sich der unständigen Organisation anzuschließen. Würde man den Grund-

los gelassen lassen, die Folge würde sein, daß hunderttausende Arbeiter zurzeit überhaupt nicht organisationsfähig wären, denn ein starker Arbeitermangel herrscht jetzt in allen Industrien. In vielen Zahlstellen kümmert man sich nur die Agitation überhaupt nicht. Hier wird am meisten geschündigt. Die in solchen Zahlstellen an der Spitze stehenden Kollegen bedenken leider nicht, daß mit dem Nachlassen der Organisation das in jahrelangen Kämpfen Aufgebaute in Frage gestellt wird.

Es wird von der Stärke und der Einheit der Organisation abhängen, ob nach Beendigung des Krieges die erzielten Zulagenzulagen aufrechterhalten und das derzeitige Gesamteinkommen als Maßstab bei Festlegung der späteren Grundlöhne genommen werden können. Wo die Organisation schwach oder gar nicht vertreten ist, werden die Unternehmer die Löhne kürzen ohne Rücksicht darauf, daß die Lebenshaltung teuer bleibt. Daher ist es ober zu spät, sich auf die Organisation bestimmen zu lassen. Wer der Gefahr ausgesetzt ist, überfallen zu werden, muß sich rechtzeitig gegen Überfall rufen. Es ist daher dringender als je notwendig, fortgesetzt unter allen unorganisierten Kollegen für den Verband zu werben. Wird die Agitation mit dem nötigen Eifer betrieben, so können in kurzer Zeit Tausende neuer Mitglieder dem Verbands zugeführt werden. Für welche Betriebe unser Verband zuständig ist, darüber gibt der § 3 Ziffer 1 unseres Statuts Aufschluß.

Kollegen! Ungesäumt an die Arbeit!

Wohnungsweien und Arbeiterchaft

Wer die Kulturhöhe eines Volkes richtig beurteilen will, der zieht neben dem allgemeinen Bildungsstand der großen Volksmassen ganz besonders auch den Stand ihres Wohnungsweien als Maßstab heran. Eine wirklich hohe Kultur kann ein Volk in seiner Gesamtheit nur dann haben, wenn es körperlich und geistig gesund ist, und körperlich und geistig gesund kann ein Volk wieder nur sein und bleiben, wenn es neben guter und genügender Nahrung und Kleidung auch genügend gesunde Wohnungen hat. Wer in engen, dunklen und schmutzigen Räumen wohnt, in die vielleicht das ganze Jahr kein Sonnenstrahl fällt, der muß mit der Zeit an Körper und Seele Schaden leiden.

Welch große Bedeutung dem Wohnungsweien für die Volksgesundheit zukommt, dafür liefert uns die Statistik einen eindringlichen Beweis. Nach Feststellungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin sind die Lungenerkrankungen bei ihren in Berlin geborenen männlichen Mitgliedern aus dem Gewerbebetriebe der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker nur 15 bis 20 Proz. höher, als bei ihren von außerhalb zugezogenen Mitgliedern. Nach dem statistischen Jahrbuch des preussischen Staates starben auf je 1000 Einwohner an Tuberkulose: in Charlottenburg 11,9, in der Provinz Brandenburg 13,4 und in Berlin 20 Einwohner. Die starke Widerstandsfähigkeit in den großstädtischen Massenwohnquartieren, besonders in den Seitenflügeln ohne Lüftung ist allgemein bekannt. Während nach statistischen Feststellungen in 29 Städten auf je 1000 Geburten durchschnittlich 170 Säuglinge sterben, steigt diese Zahl in einzelnen Städten oder Stadtteilen auf 30 und mehr.

An der Verbesserung unseres Wohnungsweiens interessiert sind die Arbeiter in ganz besonderer Weise. Denn sie sind es ja, die unter dem bestehenden Wohnungsweien am allermeisten zu leiden haben. Infolge ihres oft recht geringen Einkommens können sie für eine Wohnung niemals so viel zahlen, wie andere, besser gestellte Schichten des Volkes. Darum bleiben für sie stets die kleinsten, billigsten und natürlich auch schlechtesten Wohnungen übrig. Besteht eine Wohnungsnot, was ja leider in sehr vielen Orten schon in normalen Zeiten die Regel ist, so müssen für die schlechtbezahlten Arbeiter nicht selten Räume als

Wohnung dienen, die dazu völlig ungeeignet sind. Diese Wohnungen sind dann in der Regel auch noch überfüllt. Es ist dringend notwendig, daß man nach dem Kriege endlich unser Wohnungsweien gründlich reformiert und dafür sorgt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so wohnen kann, wie es eines Kulturvolkes vom Range des deutschen allein würdig ist. Dazu ist vor allem nötig, daß das von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderte Reichswohnungsweien endlich erlassen wird, daß man ein Reichswohnungsamt und Konsumale Wohnungsämter einrichtet, und daß man für regelmäßige Wohnungs- und Leerwohnungs-zählungen sowie für eine dauernde Wohnungskontrolle Sorge trägt.

Über nicht nur an guten Wohnungen ist die Arbeiterchaft stark interessiert; ihre Wohnungen sollen außerdem auch billig sein. In den letzten Jahrzehnten sind die Häuser und Wohnungen immer mehr zu Waren geworden und die Wohnungsmieten andauernd gestiegen, und gerade diese Mietsteigerung hat die Masse der Arbeiterchaft und der kleinen Beamten zur nächsten Einschränkung im Wohnen gezwungen. Hervorgehoben wird die Mietsteigerung nicht, wie von den Hausbesitzern und ihrer Presse oft behauptet wird, durch die „hohen“ Arbeiterlöhne, sondern in erster Linie durch die wohnsüchtige Spekulation mit Häusern wie mit Grund und Boden. Wenn für Hausplätze, die vielleicht vorher gar keinen Marktwert hatten, marktharte Preise bezahlt werden müssen, wenn die Unternehmer beim Bau möglichst viel profitieren wollen, wenn ein Haus alle paar Jahre seinen Besitzer wechselt und jeder neue Käufer von den Mietern immer wieder gut leben und beim Verkauf wieder verdienen will, so ist eine Mietsteigerung einfach unausweichlich. In vielen Orten haben die an feineren Wohnungen interessierten Kreise einen Wohnungsmangel geradezu künstlich herbeigeführt, um die Mieten noch höher zu steigern zu können.

Diesem Treiben ist mit Rücksicht auf Erfolg nur durch die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Wohnungen durch die gemeinnützige Bautätigkeit entgegenzuwirken. Denn mit den Wohnungspreisen ist es heute genau wie mit der Preisen anderer Waren auch: ist das Angebot härter als die Nachfrage, so drückt das Überangebot auf den Preis, ist dagegen die Nachfrage härter als das Angebot, so steigen die Preise ruhig über den wirklichen Wert.

Die Arbeiter sind fast durchweg auf Kleinwohnungen angewiesen. Sie müssen deshalb auf die Herstellung von Kleinwohnungen auch besonderen Wert legen. In diesen Wohnungen hat es aber schon vor dem Kriege in vielen Orten gefehlt. In einzelnen Orten war die Kleinwohnungsnot so groß, daß die Behörden durch die Vergabe von Stützwohnungen dem Mangel abhelfen mußten. Während des Krieges haben sich auf dem Gebiete des Kleinwohnungsweiens ganz besonders ungünstige Verhältnisse entwickelt. Die Wohnungsbautätigkeit ist schon in den ersten beiden Kriegsjahren sehr stark eingeschränkt worden. Im letzten Jahr hat sie fast ganz geruht. In 5 deutschen Städten sind im Jahre 1916 nach einer Uebersicht des statistischen Landesamtes nur 1039 Wohngebäude mit 5015 Wohnungen errichtet worden, gegen 407 Wohngebäude mit 61107 Wohnungen im Jahre 1912. Seit einiger Zeit ist die Wohnungsbautätigkeit durch die Generalquartierung fast ganz unmöglich gemacht, weil man die noch vorhandenen Arbeitskräfte und Sanstoffe zur Ausführung der nötigen Kriegsbauten braucht. Durch all das tritt ein gewaltiger Ansturm an Kleinwohnungen ein, ein Ansturm, den man erst erweisen kann, wenn man bedenkt, daß Deutschland in Friedenszeiten für seinen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 bis 900 000 Menschen alljährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen braucht, abgesehen von dem Abgang an alten und unbrauchbar

gewordenen Wohnungen. Der Kleinwohnungsmangel...

Wohnungsmangel, ist nicht nur der Krieg... gefahrliche Formen an, besonders in...

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues ist also... notwendig, wenn es nach dem Kriege nicht...

Neu Wehrzeuge.

- List of names and titles: Schulden und mit der Jubiläum... Verzeichnisse...

Das Offiziers-Kreuz...

- List of names: Das Offiziers-Kreuz erhalten: Paul Schütz, Wilhelm...

Die Anrechnung des Arbeitsverdienstes auf die... Reichsanweisung behandelte... Erlaß des...

Sie haben nicht allzu große Hoffnungen, daß... die Lieferungsverhältnisse...

Einstrückung des Militärlaubs. Das Kriegs-... ministerium teilt mit, daß die neuen Maßnahmen...

Dankes für Kriegseinsatzige. Das Zentral-... komitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz...

mitte eine Gewähr für die zweckmäßige Verwendung... eines größeren...

Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und Dämpfe.

In der Industrie und sonst zum Zwecke der Waren-... produktion werden durch technisch-chemische Verfahren...

Infolge der Sozialgesetzgebung ist in neuerer Zeit... die Toxikologie, die Lehre von den Giften, mehr...

Dr. Schinbs-Wien, der unterstützt mit ausgeführtem Material und persönlichen Erfahrungen über „Inhaltsstoffe und Gesundheitschädigungen sowie der Verhütung in Gemischen“ referierte.

Je nach der Stärke der chemischen Energie oder des eingesetzten Quantums des Gas- oder Dampfgiftes unterscheidet man akute und chronische Vergiftung. Akute Vergiftungen sind die Gesundheits- oder Lebensgefährdungen, welche durch plötzliches oder auf einen kurzen Zeitraum beschränktes Eindringen von starken giftigen Stoffen in den Organismus entstehen und dadurch den Betriebsunfällen rechtlich gleichgestellt werden.

Bewegungen im Berufe. Brauereien, Bierniederlagen.

Wöppingen. Die Genossenschaftsbrauerei Solzheim bewilligte ab 1. Oktober eine Erhöhung der Feuerungszulage um 5 bis 6 Mk. pro Woche.

Malzfabriken.

Nierlein. Tarifvertragsverneuerung. Am 1. Oktober wurde der Tarifvertrag mit der Malzfabrik Jakob Fötzel, der am 28. Dezember abläuft, erneuert.

Beachtenswert ist aber, daß hier Vertragslöhne vereinbart wurden, wie wir schon öfters zu sehen Gelegenheit hatten.

Korrespondenzen.

Hamburg. In der Versammlung am 21. Oktober erstattete Kollege Gerwoldt den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Einnahme der Verbandskasse betrug 5120,55 Mk.

Rosenheim. Im Vierdepot der Löwenbrauerei München, früher Bernlohrbrauerei Rosenheim, blieb der Oberbursche Meyer als Depotarbeiter.

Rundschau.

Arbeitsverhältnisse der Schweizer Mühlenarbeiter. Eine Erhebung in den Monaten Juni und Juli, die sich allerdings nur auf 108 Personen in 24 Mühlen an 17 Orten erstreckt.

Table with 2 columns: Profession and Hourly wage. Includes positions like Kohlenarbeiter, Magaziner, Hilfsarbeiter, Fuhrleute, Chauffeur.

Die Arbeitszeit ist in der Regel 10 Stunden pro Tag, in fünf Betrieben länger: 10 1/2, 11, 10 1/2 bis 11, 10 bis 12 bis 15 Stunden.

Juni. Die Generalversammlungen der Schultheiß-Brauerei, Berlin, und Spandauerberg-Brauerei haben die angeforderte Juniurabrechnung.

Worms. Die schon anderwärts, haben auch die Brauereien in Mainz ab 1. Oktober ein Jahreslohn eingeleitet.

landen als Vorkarbeiter anzusehen und unterziehen desfalls dem Beschäftigungsgebot für Angestellte nicht.

Kriegsausfluß für die Mineralwasserindustrie. Zufolge einer vom Kriegsamte gegebenen Anregung hat sich die Mineralwasserindustrie zu einem „Kriegsausfluß“ für die gesamte Mineralwasserindustrie zusammengeschlossen.

Einschränkung der Alkoholherzeugung in Ungarn. Eine im Amtsblatt erschienene Regierungsverordnung verbietet die Verwendung von Mais, Weizen, Gerste, Hirse und Apfel zur Herstellung von Alkohol.

Verbot der Whiskyherzeugung in den Vereinigten Staaten. New Yorker Meldungen zufolge ist seit Mitte September die ganze nordamerikanische Whiskyfabrikation verboten.

Dänischer Branntweinmangel. Infolge Knappheit des Rohmaterials soll in Dänemark die Nation für Branntwein von einem Sechsel auf ein Fünftel des gewöhnlichen Verbrauchs herabgesetzt werden.

Die Schnapsfaktie in Schweden. Am 1. Juli d. J. gelangte in ganz Schweden die Schnapsfaktie zur Einführung. Sie wird nur an Personen im Alter von über 25 Jahren abgegeben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung. Ueber Beitragsverhöhung auf 30 bis 80 Pf. pro Woche beschließt der am 17. Dezember tagende Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Eine Volksabstimmung für den Achtstundentag. In der Stadt Zürich fand am 26. August eine Abstimmung der hundertjährigen Bürger über die neue Gemeindeordnung statt.

Stadtrat in der Abstimmungsfrage zur Empfehlung des Achtstundentages geäußert hat. Er führt dazu folgendes aus: Die Vernichtung ungezählter Menschenleben auf dem Schlachtfeld...

Konfessionsfragen. Die Dresdener Bank, die längst in der Reichshauptstadt festhaft geworden ist und deren Namen nur eine geschichtliche Erinnerung ihres Ursprungs ist, fusioniert sich mit der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft in Aachen.

Inferatentliche Arbeitslosenunterstützung in Dänemark. Auf Veranlassung des dänischen Gewerkschaftsbundes hat der Minister des Innern dem Folketing einen Gesetzentwurf vorgelegt.

Arbeiterveränderung.

Zusatz zu den Invaliden- und Unfallrenten. Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß in der Sitzung vom 1. Oktober, zu den Invalidenrenten eine dreijährige Erhöhung als Zuschuß aus dem Kriegswohlfahrtsfonds.

